

#### **MEDIENMITTEILUNG**

# Sozialbericht 2021 bestätigt sozialpolitisch eingeleitete Massnahmen und zeigt punktuellen Handlungsbedarf

Der 3. Sozialbericht Kanton Luzern stellt soziale und gesellschaftliche Entwicklungen dar. Dabei zeigt sich, dass verschiedene Entwicklungen wie die steigende Einsamkeit, die Integration der ausländischen Bevölkerung und die bestehenden Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau einen sozialpolitischen Handlungsbedarf erfordern. Auch zeigt sich, dass das steigende Bildungsniveau sich mittel- und langfristig positiv auf die Bevölkerung, die Wirtschaft und den Staat auswirken wird. Trotz gestiegener Erwerbsquote müssen aber die Anstrengungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie intensiviert werden, so z.B. in der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Mit dem Sozialbericht Kanton Luzern 2021 erstellt LUSTAT Statistik Luzern zum dritten Mal eine umfassende Darstellung der sozialen Lage der Luzerner Bevölkerung. Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf dankt LUSTAT Statistik Luzern für die grosse Grundlagenarbeit und die gelungene und verständliche Darstellung in einem umfassenden Dokument. «Gleichzeitig sollen die Erkenntnisse zum Anlass genommen werden, allfällige Anpassungen in sozial- und gesellschaftspolitischen Themenfelder vorzunehmen und Handlungsbedarf für neue Initiativen zu erkennen», so Graf.

## Diverse gesellschaftliche Entwicklungen erfordern Handlungsbedarf

Der Sozialbericht zeigt eine steigende Einwohnerzahl und eine zunehmend ältere Bevölkerung. Nebst diesen und anderen bekannten Dynamiken ist anderen gesellschaftlichen Entwicklungen vermehrt Beachtung zu schenken. Die Einsamkeitsgefühle haben in verschiedenen Altersgruppen seit 2007 zugenommen. «Die Kehrseite der Medaille der zunehmenden Individualisierung dürfte sich durch Covid-19 noch verstärkt haben», stellt Regierungsrat Guido Graf fest. Nebst dem Ausländeranteil ist auch die subjektive Unzufriedenheit mit der Integration gestiegen. «Kanton und Gemeinden unternehmen bereits grosse Anstrengungen zur Integration der ausländischen Bevölkerung. Zusammen mit der ausländischen und der einheimischen Bevölkerung müssen diese Anstrengungen noch intensiviert werden», hält Regierungsrat Guido Graf fest. Die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau betragen unverändert 17 Prozent. Da nur ein Teil davon objektiv erklärbar ist, bedarf es weiterer Anstrengungen zur Gleichstellung von Mann und Frau. Der Staat und staatsnahe Betriebe sollen hier weiterhin eine Vorbildfunktion für andere Arbeitgeber übernehmen.

#### Steigendes Bildungsniveau wird sich mittel- und langfristig auszahlen

Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung ohne nachobligatorische Bildung nimmt im Zeitreihenvergleich ab, derjenige mit Abschluss auf Tertiärstufe zu. Stabil bleibt der Anteil mit Abschluss auf Sekundarstufe II, im Regelfall mit abgeschlossener Berufslehre. Die duale Berufsbildung behält somit einen hohen Stellenwert und bildet weiterhin am Arbeitsmarkt nachgefragte Fachkräfte aus. Gleichzeitig können und sollen diese Personen von den vielfältigen Weiterbildungsangeboten und der Durchlässigkeit des Bildungssystems profitieren. «Investitionen in Bildung lohnen sich – ganz nach unserem Grundsatz «Bildung vor Arbeit vor Sozialhilfe» mittel- und langfristig für jeden Einzelnen. die Wirtschaft und den Staat», ist Regierungsrat Guido Graf überzeugt.

### Bemühungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familien intensivieren

Die Erwerbsquote ist insbesondere bei den Frauen gestiegen und lag 2018 bei den 25 bis 64-Jährigen bei 87 Prozent. Viele Frauen sind gut ausgebildet und möchten ihre Erwerbstätigkeit ausbauen. In der Realität ist die Aufgabenteilung, wonach der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet, jedoch in Familien weiterhin sehr verbreitet. «Um die



Gleichstellung und auch die soziale Sicherheit insbesondere der Frauen zu fördern sowie die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abzudecken, müssen die Bemühungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familien intensiviert werden», hält Regierungsrat Guido Graf fest. Das Gesundheits- und Sozialdepartement wird deshalb zur familienergänzenden Kinderbetreuung einen Grundlagenbericht erstellen und konkreten Handlungsbedarf festhalten.